

HÜSKENS: REGIERUNG IST GEFORDERT, EINE NOVELLE DES MASSREGELVOLLZUGSGESETZES VORZULEGEN

Pressemitteilung am 25. Juli 2018

[Bundesverfassungsgericht](#), [Dr.
Lydia Hüskens](#) [Maßregelvollzug](#)

Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Fixierung von Patienten im Psychiatrienotfall hat die FDP in Sachsen-Anhalt gefordert, seine Regelungen im Psychiatrienotfallgesetz für den Maßregelvollzug zu überprüfen und zu aktualisieren. Dr. Lydia Hüskens, stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Sachsen-Anhalt.

Die Richterinnen und Richter am Dienstag zu dem Ergebnis, dass Psychiatriepatienten länger als eine halbe Stunde ans Krankenbett gefesselt werden dürfen, hat Richter dies zuvor genehmigt hat, da die Fixierung ein Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit der Person darstelle.

„Gleichzeitig fordert, in diesem Zug die Regelungen zur Verschärfung zu überprüfen, die SPD und CDU 2010 durchgeführt haben. Es muss lange genug sein, um klären zu können, ob die Grundrechtseingriffe als notwendig als erforderlich erschienen, dies auch wirklich waren,“ so Hus